

# Leipziger Volkszeitung



Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Monatlicher Bezugspreis mit Unterhaltungs- und Kinderbeilage 1.80 M., mit illustrierter Wochenbeilage „Der Sonntag“ 2.20 M., einschl. Bringerlohn, für Selbstabholer 1.70 M., mit „Sonntag“ 2.10 M., durch die Post 1.80 M., Ausgabe A, das ist mit „Sonntag“ 2.20 M. zuzüglich Beleggeb.	Redaktion u. Verlag: Leipzig C1, Tauchaer Str. 19/21. Telegr.-Adresse: Volkszeitung Leipzig — Teleph. 72208 — Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei AG., Leipzig Nr. 53477	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg. Reklameseite 2 M. Inzerate v. auswärts: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg., Reklameseite 2.25 M.
---	---	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## 8 Jahre Kampf ums Recht

### Wiederaufnahmeprozess Bullerjahn

#### Neue Verhandlungen vor dem Reichsgericht

K. G. Endlich hat das Reichsgericht nach sehr sorgfältiger Ermittlung für den 3. November den Beginn des Wiederaufnahmeprozesses Walter Bullerjahn angeordnet, dem man mit Spannung entgegensteht; denn es ist das erste Mal in der Geschichte des Reichsgerichts, daß ein Prozeß im Wiederaufnahmeverfahren behandelt werden soll. Die Gefahr des Unfehlbarkeitsdilemmas hat das Reichsgericht im Interesse der Rechtspflege umschifft. Es hat, sicherlich nicht ohne Einfluß der Öffentlichkeit, im vorigen Jahr am 24. Mai die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Oberlagersverwalter Walter Bullerjahn für an sich zulässig erklärt, und am 30. März 1932 ist die Hauptverhandlung angeordnet worden. Senatspräsident Dr. Wülfinger wird in der Verlesung, für den Reichsgerichtsrat Dr. Coenders wird der Berichterstatter sein.

#### Gemeindewahlsieg der SPD

SPD Lübeck, 2. November.

Bei der Gemeindevorwahlenwahl in Selmsdorf bei Lübeck erzielte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Von den zehn Mandaten fielen ihr 6 zu. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 345 und auf den bürgerlichen Wählerblock 255 Stimmen. Früher war das Verhältnis 5:5.

Ein Mann, dem man nachsagt, daß er bei der ersten Verurteilung als einziger anderer Meinung war als die übrigen Herren des Dritten Straßensitzes. Die Oberreichsanwaltschaft, die sich mit allen Mitteln gegen die Wiederaufnahme gewehrt hat, wird Reichsanwalt Dr. Nagel vertreten. Bullerjahn selbst wird Dr. Kurt Rosenfeld als Verteidiger zur Seite stehen.

Zu dem Prozeß sind 33 Zeugen geladen, darunter der große „Unbekannte“, jener Zeuge, dem dieser Fall seine eigentliche Größe verdankt, Generaldirektor Paul von Gontard. Leider sind wichtige Zeugen, so der Direktor des Werkes, Hellwig, tot. Hellwig ist für Bullerjahn ein fast unerlässlicher Zeuge, weil er es war, der die Ermittlungen des Werkes nach der am 23./24. Dezember 1924 erfolgten Durchsuchung der Interalliierten Militärkommission als erster führte. Er war es, der aus unerklärlichen Gründen Bullerjahn im Verdacht hatte, und wenn überhaupt die geschwehene Aussage des Konzerngewaltigen von Gontard zu verstehen ist, so nur dadurch, daß Hellwig englischen Offizieren von diesem Verdacht berichtet hatte, und letztere wiederum bei einer Zusammenkunft Gontard davon erzählten. Diese Möglichkeit hat Gontard bei seiner ersten eidlichen Vernehmung während des Ermittlungsverfahrens zugegeben.

Als Zeuge erscheint auch der Arbeiter Porath, vorgeführt aus der Irrenanstalt. Es ist jener Zeuge, der behauptet, auf dem Schreibtisch Bullerjahns Briefe an einen Hauptmann Jost gesehen zu haben. Allerdings kommt Porath nicht allein, für ihn ist ein medizinischer Sachverständiger bestellt. Da Leutnant Jost, der „Oberricht Schwarztoppen“ des Falles Bullerjahn, nicht an Gerichtsstelle erscheint, werden der frühere Verteidiger Bullerjahn, Dr. Oskar Cohn, und der Journalist Bertold Jakob als Zeugen über die mit Leutnant Jost gehaltenen Besprechungen erscheinen.

Unter den vielen anderen Zeugen ist auch der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Berlin-Karlshagen-Industrie-Werke, Günter Duandt, der geschiedene Mann von Frau Dr. Goebbels, der zum Fall Bullerjahn wenig zu bekunden, aber sehr viel zum Fall Gontard zu sagen haben wird. Die mysteriöse Buchungssache von sechshundertfünfundachtzig Mark dürfte bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen.

Als Zeugin steht Fräulein Hühgrath, Sekretärin des Herrn von Gontard, deren Stellung im Werk durch ihren Spitznamen „der kleine Generaldirektor“ gekennzeichnet ist. Ihre Rolle während des Kampfes um die Rehabilitierung Bullerjahn ist mehr als eigentümlich und bisher nicht enträtselt. Sie erschien eines Tages bei einem Vorstandsmittgliede der Deutschen Liga für Menschenrechte, die sich des Falles angenommen hatte, und gab an, zur Aufklärung des Falles Bullerjahn im, für Bullerjahn günstigen Sinne Aussagen machen zu können, machte aber ihre Erklärungen von der Zahlung eines größeren Geldbetrages abhängig. Dabei schimpfte sie sehr auf Herrn von Gontard. Ihr Ansinnen wurde selbstverständlich abgelehnt.

aber es war eigentümlich, feststellen zu müssen, daß nach diesem Angebot Beziehungen zwischen Fräulein Hühgrath und von Gontard bestanden.

Austräumen dürfte der Wiederaufnahmeprozess auch mit der irrümlichen Feststellung des Urteils, als sei Bullerjahn Berrat für die Nichträumung der Kölner Zone maßgebend gewesen. Das Urteil hat sich hierbei auf eine am 20. Dezember 1924 stattgefundene Kammerdebatte in Paris gestützt, in der General Kollert, der damalige Kriegsminister, darauf hingewiesen haben soll, daß er jedoch die Nachricht von der Entdeckung eines großen Waffenlagers erhalten hätte, und deswegen könne eine Räumung nicht in Frage kommen. Es wird im Prozeß nachzuweisen sein, daß die Nichträumung der Kölner Zone bereits im Mai 1924 festgestanden hat. Diese Feststellung wird insofern einfach sein, als hierüber das Auswärtige Amt sicherlich Auskunft geben kann. Daß das Reichswehrministerium an diesem Prozeß ein großes Interesse hat, beweist die Entsendung des Sachverständigen Major Hammler.

Ein Höhepunkt des Prozesses verspricht die Klärung der Frage zu werden, wie es kam, daß Gontards Name verlesen wurde. Jene geheimnisvolle Konferenz im Reichsjustizministerium, an der sowohl preußische Amtsstellen als auch das Reichswehrministerium teilnahmen, wird durchleuchtet werden müssen.

Der Prozeß wird aber auch die grundsätzliche Frage zu klären haben, ob das Reichsgericht einzig entscheidende Instanz ohne Möglichkeit weiterer Rechtsmittel bleiben darf. Hätte Bullerjahn damals eine Appellationsinstanz gehabt, wären ihm mehr als sechs Jahre Justizhauselben erspart geblieben. Es ist zu hoffen, daß das Reichsgericht diese Erkenntnis von sich ausspricht. In Anbetracht der heutigen Sondergerichtsbarkeit wäre dies ganz besonders zu wünschen.

### Die letzten Tage!

Ein Kampfprogramm für alle Sozialisten!

**Mittwoch:** Noch vier Tage! Heute zieh' Mit den roten Kampfproschüren In die Laubkolonie. Mancher ist noch aufzuküpen, Sol' die Zweifelnden herbei Für die Freiheitsliste zwei! Sozialdemokraten!

### Zwei Tote in Hamburg

Hamburg, 2. November.

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am Sonntag haben zwei Todesopfer gefordert. Zwei Kommunisten, die schwer verletzt wurden, sind gestorben.

Die Hamburger Polizei-Werkschäfte hat über die Zusammenstöße einen Bericht herausgegeben; durch den die Blutschuld der Nazis amtlich festgestellt wird. So wurde z. B. ermittelt, daß von Nationalsozialisten aus einem Toreingang des Bahnhofs in der Wendenstraße Revolvergeschosse abgegeben wurden. Der Polizei fielen mehrere Pistolen, sechs Handwaffen und eine Werkzeugkiste in die Hände, die von den Nazis an Ort und Stelle fortgeworfen worden waren. Auch wurde festgestellt, daß von Nationalsozialisten Schusswaffen in einen der Zeugmeisterei der NSDAP gehörenden Kraftwagen, der dicht an den fraglichen Trupp herangefahren war, geworfen worden sind. Der Führer des Kraftwagens fuhr dann mit rasender Geschwindigkeit davon.

In einer Naziversammlung in Altona-Ehrenfeld kam es zu einer schweren Schlägerei mit Kommunisten. 13 Personen wurden verletzt, drei wurden ins Krankenhaus geschafft. Sechs Personen wurden verhaftet.

## Demokratie oder Diktatur?

### An die Arbeitersportler!

Ueber diese Frage soll am 6. November bei der Reichstagswahl entschieden werden. Wir freien Turner und Sportler haben von jeher für die Demokratie gestritten, und unsere Aufgabe ist es, auch am 6. November wieder mit in der vordersten Front des Kampfes für die Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu stehen.

Das Schicksal der sozialistischen Arbeiterbewegung ist zugleich das Schicksal der freien Arbeiter-Turn- und Sport-sache.

**Nur in einem freien demokratischen Staat ist die weitere Entwicklung der Arbeiterkultur-bewegung gesichert.**

Aber nur eine große, demokratische Grundsätze vertretende Partei kann einem solchen Staat den nötigen Rücken-halt geben, das ist die Sozialdemokratische Partei, und darum stehen wir für sie.

Wir wenden uns gegen die Diktatur, die uns mit Ausnahmebestimmungen belegt. Das einseitig gegen uns als Sportler angewendete Umzugsverbot, mit dem sogar rein sportliche Veranstaltungen untersagt werden, muß fallen: Aufmärsche und Kundgebungen der Deutschen Turnerschaft, bei denen es nicht minder politisch zugeht, werden wohlwollend gestattet, „Sportfeste“ der nationalsozialistischen SS- und SA-Truppen dürfen stattfinden. Ist das demokratisch?

**Die ärgsten Gegner der Demokratie von rechts und links, Nationalsozialisten und Kommunisten, sehen in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ihren gemeinsamen Feind.**

Nationalsozialisten schlagen unsere Genossen nieder, zerstören Heime und Anlagen, die Kommunisten dagegen versuchen ihr Zerstörungswerk von innen unter der läugerischen Maske ihrer „Einheitsfront“. Sie scheuen sich aber auch nicht, in den Gemeindeparlamenten usw. öffentlich gemeinsam mit den Nazis gegen Forderungen für die Vereine der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege zu stimmen.

**In vielen Fällen wären es die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die allein für die Forderungen der Arbeitersportvereine standen.**

Sorgt durch aktive Wahlbeteiligung dafür, daß am 6. November und aus den folgenden Gemeindevahlen diese Partei so gestärkt hervorgeht, daß sie noch mehr als bisher zur Stütze des sozialistischen Arbeitersports werden kann.

**Für die Demokratie! Für die Freiheit! Für die Sozialdemokratie!**

C. Gellert,

A-Sächs. Landtag 837